

Rechte oder Werte?

Autor(en): **Caspar, Reta**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **86 (2001)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1041803>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

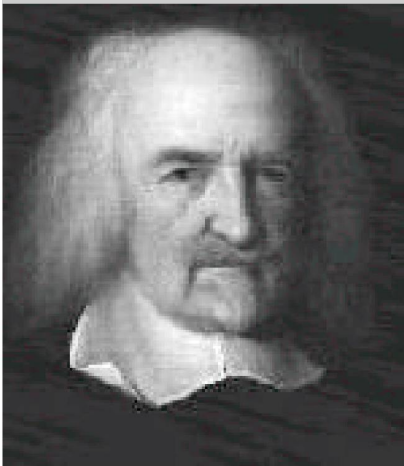
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rechte oder Werte?



Thomas Hobbes (1588-1679)

Anfang Jahr hat sich Robert Spaemann, emeritierter Professor für Philosophie an der Universität München, in der NZZ kritisch zur in Europa beobachtbaren Tendenz geäußert, den Staat als Gesinnungs- und Wertegemeinschaft zu verstehen. Allenthalben ertöne der Ruf nach Werten:

"Sogar die Kirchen empfehlen sich der Gesellschaft weniger durch den Anspruch, den geoffenbarten Willen Gottes kundzutun und die Auferstehung von den Toten zu bezeugen, als durch das Angebot, die Gesellschaft durch 'Wertevermittlung' und durch 'Wertorientierung' der Jugend zu stabilisieren." Spaemann befürchtet, dass diese "Grundwerte" im Begriff seien, die "Grundrechte" zu unter-

laufen, anstelle des Gesetzesgehorsams drohe die Pflicht, sich zu bestimmten Werten zu bekennen. Er dokumentiert seine These anhand von vier Beispielen:

Am Sektenbegriff, diesem negativ besetzten Begriff, der eigentlich aus dem Sprachgebrauch der Kirchen stammt, und der in die politische Sphäre übernommen worden ist. "Jeder Zusammenschluss von Bürgern auf Grund gemeinsamer Überzeugungen muss dem Staat gleich gelten, solange er nicht gegen die für alle geltenden Gesetze verstösst oder zu solchem Verstoss auffordert. Das aber ist leider nicht mehr der Fall. Sekten werden unter staatliche Beobachtung gestellt, es wird von Staats wegen vor ihnen gewarnt, und ihre Mitglieder werden von öffentlichen Ämtern möglichst ferngehalten." Dass der Staat etwas gegen Sekten habe, bedeute, dass er sich selbst als Wertegemeinschaft verstehe. "Aber nun beginnt der staatliche Arm von sich aus, sich eine Zivilreligion zuzulegen. Die europäischen Rechtsordnungen gründeten zwar selbst in bestimmten Überzeugungen, vor allem in der von der Würde der Person, und eben deshalb verzichteten sie darauf, Überzeugungen oder deren Verwerfung zur Pflicht zu machen. 'Nicht die Wahrheit, sondern die Autorität macht das Gesetz', das war die Konsequenz, die Thomas Hobbes aus dem konfessionellen Bürgerkrieg in Europa gezogen hatte. Die mühsam erworbene Errungenschaft des liberalen Rechtsstaats wird wieder preisgegeben, wenn der Staat sich als Wertegemeinschaft versteht, auch wenn es eine 'liberale' Wertegemeinschaft ist, die Liberalismus als Weltanschauung statt als Rechtsord-

nung versteht. Die Sektenverfolgung ist ein ziemlich sicherer Indikator für die hier drohende Gefahr, die Gefahr eines liberalen Totalitarismus."

Als zweites Beispiel führt er die Ächtung politischer Positionen durch staatliche Institutionen: "Gefahr ist im Verzug, wenn der Staat bis hin zum deutschen Bundespräsidenten diese Kundgebungen ('gegen rechts' *Anm. d. Red.*) organisiert und ihnen höhere Weihen gibt. Ausserdem ist es ein Offenbarungseid staatlicher Ohnmacht. Das Mittel des Staates gegen Gesetzlosigkeit und Gewalt – von Inländern gegen Ausländer – und von Ausländern gegen Inländer – ist die Polizei. Darüber hinaus eine staatsbürgerliche Erziehung, die den Respekt vor rechten und linken Positionen vermittelt und die Ablehnung von Gewalt, wie immer diese sich rechtfertigen mag. Der Staat als 'Bündnis gegen rechts' – das ist die Wertegemeinschaft anstelle des Staates, und hier müssten die Alarml Glocken läuten."

Am Beispiel des Umgangs der EU mit Österreich zeigt er auf, dass es auch dort nicht um Rechte und deren Verletzungen ging, sondern um Werte: "Asylantenheime brannten in Deutschland, Immigranten wurden gejagt in Spanien, Neonazis demonstrieren in Schweden, die britische Regierung unterdrückte jahrelang die Erforschung des Zusammenhangs der Rinderseuche mit der Gehirnerkrankung von Menschen und schleuste infiziertes Fleisch auf den Kontinent, und die Niederlande rehabilitieren Schritt für Schritt – nicht verbal, aber faktisch – die nationalsozialistische Euthanasiepraxis

THEMEN in diesem FREIDENKER

JHEU-News	2
Aus dem Jahresbericht des ZV	3
Freidenker-Umschau	4
Sind Sie glücklich?	5
"Religion und Kultur" in Zürich	6

Nichts dieser Art geschah in Österreich". Erst das Gutachten der drei "Weisen" habe in Europa dem Recht den Sieg über die Wertegemeinschaft verschafft.

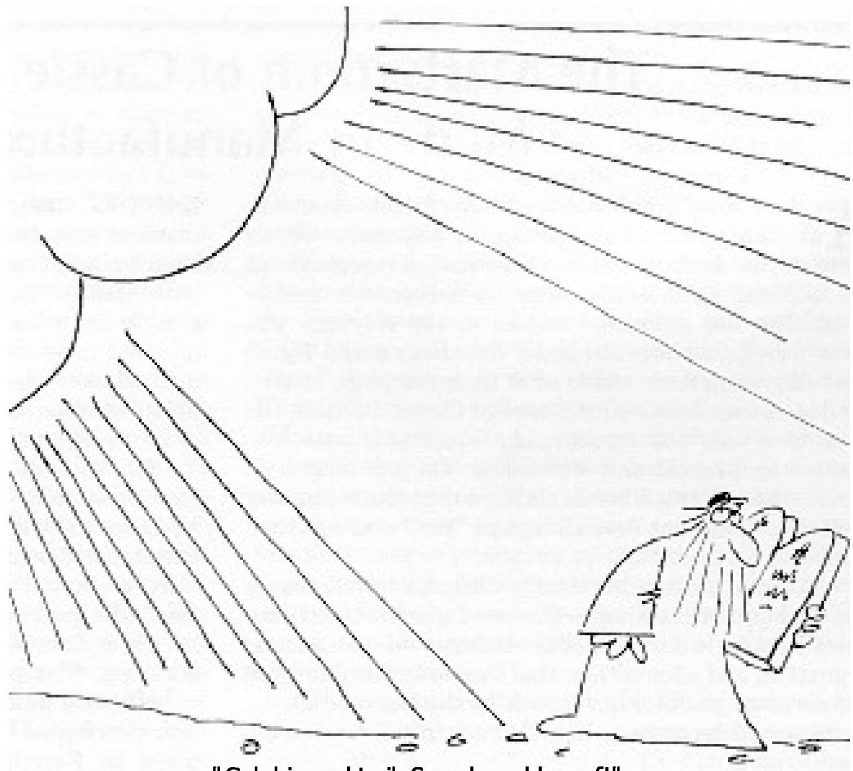
Als viertes Beispiel nennt erschliesslich den Kosovo-Krieg, der ebenfalls im Namen der "Werte" geführt wurde. Dort habe die Politik sich auf Werte berufen und geltendes Völkerrecht schlicht ignoriert. "Wer im Namen der Wertegemeinschaft handelt, steht über dem Recht. Man nannte das einmal Totalitarismus."

Als FreidenkerInnen tun wir gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen und nicht in den allgemeinen Ruf von fehlenden Werten einzustimmen, sondern die Errungenschaften des Völkerrechts, der Menschenrechte und der demokratischen Verfassungen zu verteidigen.

Reta Caspar

Quelle: *NZZ*, 20.01.01

Überall das gleiche Lied ...



"Geh hin und treib Spendengelder auf!"

Club "100"

Internat. Humanistische und
Ethische Union

IHEU-News

Die internationale humanistische und ethische Union hat in den letzten Jahren ihr Tätigkeitsgebiet stark erweitern können.

Im Jahr 2000 hat sie Kongresse (Australien) und Konferenzen (Argentinien, Avignon) organisiert und finanziert, war beteiligt in den Vorbereitungsgesprächen zu einer europäischen Friedenskonferenz der Bertrand Russell Friedensstiftung und unterstützte die Gay-Parade in Rom. Sie war aktive Teilnehmerin an einem Expertenseminar über Rassismus und Fremdenhass in Warschau, und bereitet die Weltkonferenz gegen Rassismus und Fremdenhass vor, welche diesen September in Afrika stattfinden wird. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen zum Jubiläumskongress (50 Jahre IHEU) 2002 in den Niederlanden.

Im Verlaufe des vergangenen Jahres hat die IHEU einen besonderen Status als beratende Nichtregierungsorganisation der UNO erhalten und war insbesondere aktive in

der UNESCO. Der Europarat hat den Beitrag der IHEU zu einer gefragten Publikation über Menschenrechte gewürdigt. Weiter hat die IHEU den UNO-Beauftragten für Religions- und Glaubensfreiheit bei seinen Vorbereitungen für eine UN-Konferenz über Bildung unterstützt, die in Spanien abgehalten werden und an der die IHEU als Expertin teilnehmen wird.

Aufgetreten ist die IHEU am NGO-Millennium Forum der UNO in New York und an Anlässen des NGO-Forums in Genf. Daneben hat sie sich in einer internationalen Kampagne eingesetzt für den pakistanischen Humanisten Dr. Shaikh. In einem früheren Fall eines humanistischen Verlegers in Indien war sie erfolgreich gewesen in dessen Verteidigung gegen die Blasphemie-Anklage. Weitere Aktivitäten haben rund um den Millenniums-Walk von Irland bis nach Israel stattgefunden, dazu kam der Wettbewerb zu "Kinderrechte und Religion" und die neu lancierten Jugendprogramme.

Schliesslich wurden humanistische Projekte in Indien, Nepal, Pakistan, Peru, Libanon, Bangladesh und Mexiko in vielen Arbeitsstunden gefördert, Anlässe von Mitgliedorganisationen in Frankreich, Russland, Australien, Indien, Belgien und den USA besucht und die Kontakte mit nahestehenden Organisationen intensiviert.

Bisher ist die IHEU mit einem Vollzeit-Angestellten und einem 50% Sekretariat und dank viel Gratisarbeit von Vorstandsmitgliedern, internationalen Repräsentanten und lokalen Mitgliedern ausgekommen. An der Delegiertenversammlung Anfang Mai in Norwegen hat der Vorstand der IHEU einen Club '100' ins Leben gerufen. Dieser soll aus 100 Mitgliedern (Einzel- oder Gruppen-) bestehen, die bereit sind, jährlich 500\$ zu spenden. Damit soll das Sekretariat verstärkt und die Bewältigung der wachsenden Aufgaben garantiert werden können. Mittelfristig ist der Aufbau einer Stiftung geplant, welche die Finanzierung der Tätigkeit der IHEU garantieren soll.

rc

Quelle: *IHEU-News*, Mai 2001